



Der Saugkopf des Bagger Schiffes „Bartolomeu Dias“ senkt sich in Hamburg in die Elbe. Das Spezialschiff baggert Schlick aus der Elbe in seinen Laderaum und verklappt diesen anschließend in der Nordsee. Foto: Reinhardt / dpa

Raus aus der Hafenschlickfalle

Umweltverbände und Grüne sehen Steigerung der Schlickmengen als Beweis für Scheitern der Elbvertiefung

Von Ulrich Rohde

KREIS CUXHAVEN. Ist die Elbvertiefung revidierbar? Für Umweltverbände, Aktivisten und Vertreter der Grünen ist sie das. Schon jetzt, kurz vor dem Abschluss, sei erkennbar, dass der erneute Ausbau des Stroms ein gescheitertes Projekt sei, sagen sie und fordern mit Blick auf die ökologischen Folgen eine Umkehr.

Aus Sicht der Maßnahmenträger, vor allem aber der Hamburger Hafenwirtschaft, ist die bevorstehende Fertigstellung der Elbvertiefung der Garant für die Hoffnung, dass der Hafen endlich wieder Anschluss an die internationalen Wettbewerber halten kann und Wachstum bei den Umschlagzahlen erzielt wird.

Vor diesem Hintergrund traf sich dieser Tage Hamburgs Bürgermeister Peter Tschentscher mit seinem schleswig-holsteinischen Amtskollegen Daniel Günther, um ihn um Hilfe bei der Bewältigung der gewaltigen Schlickmengen im Hamburger Hafen zu bitten. Bei diesem Gipfel ging es um die Verlängerung der Vereinbarung über die Verklappung von belastetem Hafenschlick an der Tonne E 3 bei Helgoland, die in der Hoheit Schleswig-Holsteins liegt. Hamburg darf dort laut Vertrag jährlich 1,5 Millionen Tonnen Baggergut verklappen. Insgesamt sind es fünf Millionen Tonnen.

Für die Umweltverbände sind die Vorstöße Hamburgs, in der

Nordsee sowie bei Scharhörn, in der Außenwirtschaftszone (AWZ) und neuerdings auch in der Lagerstätte des Bundes am Neuen Lüchtergrund vor Cuxhaven Schlickmengen deponieren zu können, reine Akte der Verzweiflung und Ausdruck der Hilflosigkeit der Hamburger Hafenbehörde beim Umgang mit den Schlickmassen. Derzeit prüft die Bundesanstalt für Gewässerkunde, ob Hamburg im Neuen Lüchtergrund anteilig etwa 0,6 Millionen Tonnen Hafenschlick pro Jahr unterbringen darf.

Sofortiger Stopp gefordert

Nicht nur die Cuxhavener Grünen fordern einen sofortigen Stopp der Elbvertiefung, inklusive Rückbau der bisher getätigten Baumaßnahmen. „Die ökologisch und wirtschaftlich sinnlose Elbvertiefung ist nicht dadurch zu ‚heilen‘, indem nach neuen Ablagerungsflächen des Gebaggerten gesucht wird. Umweltverbände haben nach dem aktuellen Hamburger Eingeständnis in Sachen Schlickmengen einen sofortigen

Baggerstopp bei der Elbvertiefung gefordert, hier sehen wir unsere Ansicht bestätigt“, so der grüne Ortsvorstand.

Er sähe seine Verantwortung auch darin, nach Lösungen gemeinsam mit Partnern in Schleswig-Holstein sowie Hamburg zu suchen und auch die Bundesebene mit einzubeziehen. In diese Richtung gehe auch die vom Cuxhavener Stadtrat verabschiedete Resolution gegen die Verklappung von Hafenschlick bei Scharhörn. Auch Niedersachsen und Schleswig-Holstein teilen die Bedenken. Hamburg untersucht derzeit die Auswirkungen einer Lagerstätte am Rande des Wattenmeers. Ergebnisse sollen bis zur Jahresmitte vorliegen. „Außerdem wollen wir eine Hafenkooperation erwirken, die den Hamburger Hafen weiter bestehen lässt – aber ohne Elbvertiefung“, so Cuxhavens Grüne.

Zugleich forderten die im „Aktionsbündnis Lebendige Tideelbe“ zusammengeschlossenen Verbände BUND, NABU und WWF Hamburgs Bürgermeister Peter Tschentscher und seinen schleswig-holsteinischen Amtskollegen Daniel Günther auf, die ökologischen Folgen der Elbvertiefung nicht weiter auf dem Rücken von Natur und Umwelt zu organisieren. Die Elbvertiefung müsse umgehend gestoppt werden, weil die

Entwicklung der Baggermengen vollständig aus dem Ruder laufe.

„Hamburg hat sich verzockt“

Nach Einschätzung der Umweltverbände hat sich Hamburg beim Thema Sedimentmanagement „verzockt“. Der Senat habe die von den Umweltverbänden prognostizierte Wirkung der Elbvertiefung hinsichtlich des massiven Anstiegs der Schlickmengen unterschätzt oder ignoriert. Jetzt stehe die Hafenverwaltung blank da und wisse nicht wohin mit dem Schlick.

Als Verantwortliche für „behördliches Missmanagement“ nennt das Aktionsbündnis Hamburg Port Authority, die Wasser- und Schifffahrtsdirektion des Bundes und die Bundesanstalt für Wasserbau (BAW). Die Bundesbehörden hätten beharrlich die Zunahme von Sedimenten verneint. Die ökologischen Folgen für die Natur aber auch die ökonomischen Folgen seien unabsehbar.

Die Unterhaltungsbaggerung in der Elbe und Hamburgs Hafen verschlinge schon jetzt ungefähr 150 Millionen Euro jährlich. Die Umweltverbände fordern einen Krisengipfel „Tideelbe“, auf dem transparent und ohne Vorbehalte nach Lösungen gesucht werde, die den Hafen stärken und die Elbe als Lebensraum erhalten.